

Afghanistan-Konferenz: "Von westlichen Werten verabschieden"

London - Die internationale Konferenz zur Zukunft Afghanistans hat in London begonnen. Im Interview erklärt Entwicklungsforscher Dr. Conrad Schetter, was von der Konferenz zu erwarten ist.



© fkn

Entwicklungsforscher Dr. Conrad Schetter

Delegationen aus knapp 70 Ländern kamen zusammen, um einen Grundstein für den späteren Abzug der internationalen Truppen zu legen. Auch der Kampf gegen Korruption und mögliche Verhandlungen mit den radikalislamischen Taliban standen auf der Tagesordnung. Kurz vor dem Konferenzauftakt hatte Außenminister Guido Westerwelle (FDP) von seinen Amtskollegen Rückendeckung für das neue Afghanistankonzept der Bundesregierung bekommen. Neben einem Aussteigerprogramm für gemäßigte Taliban sieht Berlins Strategie vor, das deutsche Kontingent erst aufzustocken, um es dann möglichst bis 2014 vollständig abzuziehen.

Wir sprachen mit dem Entwicklungsforscher Dr. Conrad Schetter (Universität Bonn) über die Afghanistan-Konferenz.

Was ist von der Londoner Afghanistan-Konferenz zu erwarten?

Schetter: Die dortigen Akteure werden nach außen hin Einigkeit symbolisieren. Das ist besonders wichtig, um an der Heimatfront in Europa und den USA für die Intervention der Nato zu werben. Bei der Truppenaufstockung werden die anderen europäischen Staaten ähnlich moderat vorgehen wie die Deutschen.

Die Bundesregierung will deutlich mehr Geld für die Entwicklungshilfe bereitstellen.

Schetter: Afghanistan braucht diese enorm erhöhte Wiederaufbauhilfe. Aber man muss fragen, ob das Geld kurzfristig wirklich so gut angelegt ist, oder ob man nicht vielmehr mit einer langfristigen Perspektive darangehen muss. Denn wir haben in einigen Teilen Afghanistans wegen des Krieges gegenwärtig sehr große Probleme, dieses Geld überhaupt in konkrete Projekte umzusetzen. Das heißt, das Land wird kurzfristig mit Geld überschwemmt, aber in einigen Jahren, wenn es tatsächlich benötigt wird, steht es nicht mehr zur Verfügung.

Ist die so genannte Reintegration moderater Taliban realistisch, also das Herauskaufen von Kämpfern aus der gegnerischen Front?

Schetter: Der Ansatz ist nicht neu. In Südafghanistan haben Amerikaner, Briten und auch die afghanische Regierung immer wieder versucht, Taliban-Kommandeure herauszukaufen. Es ist seit etwa zweiDr. Conrad Schetter (43) ist Experte für Afghanistan am Zentrum für Entwicklungsforschung der Universität Bonn. Er ist unter anderem Autor des Buches „Kleine Geschichte Afghanistans“ (Becksche Reihe). Jahren lukrativ geworden, sich Taliban zu nennen, egal welcher ideologischen Richtung man angehört. Jetzt einen Fonds zum Herauskaufen ins Leben zu rufen, bedeutet zwar, dass der Westen verstanden hat, dass die Taliban weniger ein ideologisches Phänomen sind, sondern mehr eines, bei dem wirtschaftliche Interessen eine Rolle spielen. Man unterwirft sich aber so der Kriegswirtschaft, die sich in Afghanistan in den letzten 30 Jahren herausgebildet hat.

Die Konsequenz daraus ...

Schetter: ... ist, dass man seine Vision für Afghanistan eigentlich aufgibt. Es geht nur noch darum, sich eine Stabilität zu erkaufen. Man glaubt nicht mehr, dass man von außen einen Staatsaufbau leisten kann. Durch diesen Ansatz wird das, was man in den letzten acht Jahren erreichen wollte, ins Gegenteil verkehrt.

Durch ein Herauskaufen wird auch die ideologische Haltung des kriegswilligen Kerns der Taliban in keiner Weise verändert.

Schetter: Richtig. Man glaubt zwar, indem man lokale Fronten herauskauft, den Taliban das Wasser abzugraben. Man übersieht aber, dass sich sehr viele Afghanen wie Fähnchen im Wind bewegen. Das heißt, diejenigen, die man heute herauskauft, können morgen wieder Geschäfte mit den Taliban machen. Es gibt das Sprichwort: Afghanen kann man nicht kaufen, man kann sie nur mieten. Hier wird in gewisser Weise auf diese Mietkultur, die bereits die Briten im 19. Jahrhundert praktizierten, zurückgegriffen.

Was ist die Alternative? Weiter einen massiven Krieg zu führen?

Schetter: Ganz sicher nicht. Man kann diesen Krieg nicht mit militärischen Mitteln gewinnen. Es gilt, verschiedene Ansätze zu verfolgen. Zum einen muss man den Konflikt entideologisieren, wenn man ihn lösen will. Das heißt, die westliche Gemeinschaft muss sich davon verabschieden, gewisse Werte nach westlichem Muster in Afghanistan umsetzen zu wollen. Zum anderen müssen sich die internationalen Truppen auf die städtischen Zentren konzentrieren und weitaus weniger darauf, das ganze Land kontrollieren zu wollen.

Und die Alternative zum Herauskaufen?

Schetter: Es ist sinnvoller, arbeitsintensive Infrastrukturprojekte zu fördern. Die Masse der arbeitslosen jungen Männer muss in Lohn und Brot kommen, etwa durch Straßen - und Kanalbau. Man bekämpft so die enorme Arbeitslosigkeit, und die Bevölkerung merkt, dass der Wiederaufbau greift.

Was würde passieren, wenn die Nato sofort raus ginge aus Afghanistan, wie es etwa in Deutschland die Linkspartei fordert?

Schetter: Zwei Szenarien sind möglich. Das Wahrscheinlichste ist, dass wir eine Phase der Gewalteskalation erleben werden. Die Stammesführer und Warlords werden ihre Machtbereiche neu abstecken und ihre Allianzen neu sortieren. Vom Gedanken, einen zentralen Staat zu etablieren, könnte man sich dann verabschieden. Das führt zum zweiten Szenario: Ausländische Mächte werden versuchen, Einfluss zu nehmen. Würde etwa Pakistan die Taliban wieder verstärkt finanziell unterstützen, würde die Machtfrage wohl zugunsten der Taliban geklärt.

Konkret: Was würde an zivilen Projekten, zum Beispiel Mädchenschulen, Wasserversorgung usw., bei einem sofortigen Abzug aufs Spiel gesetzt?

Schetter: Ob die Projekte weiter geführt werden, würde sehr stark von den lokalen Verhältnissen abhängen, von der Frage, wo gekämpft wird oder wo es ruhig bleibt. Wir hatten ja auch in den 90er-Jahren, in der Zeit, als die Taliban an der Macht waren, über 30 ausländische Entwicklungsorganisationen im Land, die Projekte durchgeführt haben. Eines ist allerdings klar: Wenn der militärische Abzug erfolgen würde, würde auch das Interesse in der Welt an Afghanistan erlischen und demzufolge weitaus weniger Geld zur Verfügung stehen.

Und die Errungenschaften für die afghanischen Frauen würden verloren gehen?

Schetter: Seit 2001 hat sich die Stellung der Frau in der afghanischen Gesellschaft nicht sehr viel verbessert. Wir sehen natürlich Verbesserungen, dass mehr Mädchen zur Schule gehen, dass es jetzt ein Frauenministerium gibt. Aber das sind oberflächliche Veränderungen, die zwar wichtig sind, aber die Gesellschaft als solches nicht verändert haben. Natürlich würde sich bei einem Abzug der internationalen Truppen die männliche Dominanz auch in der Öffentlichkeit wieder sehr viel stärker ausprägen. Den afghanischen Frauen würde alle Hoffnung genommen, einen baldigen Wandel zum Besseren zu erleben.

Das Interview führte Jörg S. Carl.